

Ansicht:

Der Dachverband der Winterthurer Sportler (DWS) hat seine Drohung wahr gemacht. Gegen die vom Stadtrat beschlossenen Gebührenerhöhungen für die Benützung von Turnhallen durch Vereine und Private hat er beim Bezirksrat einen Rekurs eingereicht. Die Erhöhung ist eine Massnahme im Rahmen des städtischen Sanierungsprogramms Win.03. Wie der DSW in einer Medienmitteilung ausführt, vertritt er die Ansicht, **dass trotz der Erhöhung der Benützungsgebühren keine adäquate Leistungssteigerung seitens der Stadt als Vermieterin sichtbar sei.** Ferner argumentiert der Dachverband, die Gebührenerhöhung sei für viele Vereine zu kurzfristig angesetzt – dies belaste die Vereinsbudgets «unerträglich». **nm.**

«Ein Affront gegen Bedürftige.»



Es ist schon erstaunlich, mit wie viel Zetermordio die Flüchtlingshilfe-Organisationen und blauäugigen Sozialinstitute gegen den kürzlichen Entscheid des Bundesrates, die Sozial- und Unterstützungshilfen für abgewiesene Asylbewerber zu streichen, in das Feld ziehen. Ich weiss nicht, wie es Ihnen ergeht, geschätzte Leserinnen und Leser, aber meines Erachtens steht diese gewaltige Opposition mehr als nur quer in der Landschaft. Man stelle sich das einmal vor: Da wird nun endlich von Seiten des Bundesrates ein schon längst fälliger Riegel gegen den Sozialhilfe-missbrauch durch Scheinasylanten geschoben, und dann wird von unseren Flüchtlingshilfe-Organisationen mit allen Mitteln gegen diesen eines Rechtsstaates völlig nachvollziehbaren Entscheid opponiert. Die Tatsache, dass der Bund letztes Jahr beinahe zwei Milliarden Franken für das Asylwesen ausgegeben hat – und das mit dem Geld der Steuerzahlenden –, muss einem doch sehr zu denken geben. Wenn man sich dann noch vor Augen führt,

dass 95 Prozent aller Asylgesuche abgewiesen werden, ergibt das eine Summe der missbräuchlichen Bereicherung, die keine rechtschaffene Familie verstehen kann. So gesehen liegt es eigentlich auf der Hand, dass die sozialen Flüchtlingsorganisationen alles unternehmen werden, ihre Münder weiterhin mit Samthandschuhen anzufassen, zumal ja ein jeder von ihnen am Tropf der sehr gut bezahlten Jobs hängen bleiben will. Was würden Sie, verehrte Lesende sagen, wenn eine hundertprozentig arbeitende Person sich zusätzlich auch noch an Arbeitslosen-Versicherungsgeldern unrechtmässig bereichern würde? Sie haben absolut Recht! Das wäre gegenüber den wirklich Betroffenen eine bodenlose Frechheit! Sehen Sie, genau so verhält es sich doch mit den abgewiesenen und kriminellen Asylbewerbern. Es ist doch ein Affront gegen alle um Hilfe suchenden und bedürftigen Menschen in unserem Land, wenn Personen, die nie und nimmer den Status eines Asylanten erlangen können, sich unserer sehr angespannten Sozialkassen bedienen und

somit den wirklichen Bedürftigen als Trittbrettfahrer die notwendigen Geldmittel abgraben! Wenn sich im Weiteren die Hilfs- und Flüchtlingswerke beklagen, dass durch den Entzug der Sozialhilfegelder die abgewiesenen Asylanten in die Kriminalität getrieben werden, so frage ich mich wirklich, was diese Panikmacherei eigentlich soll. Oder kann mir jemand erklären, weshalb unsere Gefängnisse zurzeit mit einem so hohen Anteil von kriminellen Asylbewerbern belegt sind? Haben die dann bis heute keine Sozialhilfegelder bezogen? Wohl kaum! So gesehen kann ich da nur sagen: «Wer das Schlechte schon oder gar schützt, verletzt das Gute.» Helfen wir deshalb den wirklich hilfebedürftigen und schutzsuchenden Menschen und Familien aus Kriegsgebieten und bekämpfen dafür mit aller Konsequenz das unrechtmässige Erschleichen von Geldern, auf die viele kriegsgeschädigte Familien dringend angewiesen sind.

René Isler, SVP-Kantonsrat, Winterthur.

Die Akte Gutzwiller.

Nicht nur Professor Felix Gutzwiller und sein Institut für Sozial- und Präventivmedizin werden vermisst im öffentlichen Einsatz für saubere Luft und Lärmminimierung. Auch von den Gesundheitsämtern, den Kantons- und Stadtärzten hört und spürt man wenig bis nichts. Sollten sie alle nicht laut fordern, die Menschen seien umfassend vor Sekundärtraumen zu schützen, zumindest in allen öffentlichen Räumen und Speiserestaurants, bis hin zu den Tramhäuschen, wo Nichtraucher im Regen stehen müssen. Müsstest sie nicht deutlich sagen, dass es nicht darum gehen kann, die An- und Abflugschneisen der Flughäfen umherzuschieben, und verlangen, die Flugbewegungen seien drastisch zu reduzieren, unweit der Landesgrenze stünden genügend Hubs zum Umsteigen zur Verfü-

gung? Auch die Ausweitung und Modernisierung der Telekommunikation ermöglicht der Wirtschaft «Wenigerfliegen», ohne Schaden zu nehmen. Die Privatflieger haben eh kein echtes Zeitproblem. Sollten diese Fachleute und -stellen nicht der Politik Entwürfe für griffige Gesetze und Verordnungen vorlegen für nachhaltigen Umwelt- und Gesundheitsschutz? Synergien ergäben sich, wenn Professor Gutzwiller und andere topausgebildete Spezialisten ihr Wissen und Können in die Bewegungen und Verbände für Nachhaltigkeit sowie in die Grüne Partei einbringen würden. Niemand käme mehr dazu, die Frage zu stellen, ob sich ihre ausserberufliche mit ihrer beruflichen Tätigkeit vereinbaren lasse.

Werner Wili, Zürich.

Briefe.

Liebe Leserinnen, liebe Leser. Auf diesen Seiten sind Ihre Meinungen zu ärgerlichen, erfreulichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen des täglichen Stadtlebens gefragt und sehr erwünscht! Auch Feedback auf redaktionelle Artikel und Kolumnen, die im «Stadtblatt» erschienen sind, wird selbstverständlich gerne publiziert. Die Redaktion behält es sich auf diesen beiden Forums-Seiten allerdings vor, die eingesandten Leserbriefe nach allgemeinem Kürzungsrecht dem Sinn nach zu redigieren und gegebenenfalls zu kürzen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge an: «Stadtblatt», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur; Fax: 052 212 75 07; E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.

Redaktion & Verlag.

Che Guevaras Sprösslinge.



Intermezzo.

Fünf Minuten vor Sitzungsbeginn stand ich telefonierend am Obertor vor dem Sitzungslokal, während mich zwei junge Männer erkannten. Ich erkannte auch einen von ihnen, nämlich ist dieser schon mit linkem Gefolge an Standaktionen der Jungen SVP aufgekreuzt. Einmal haben uns an die 30 Chaoten mit lauter Katzenmusik und personeller Blockade am Flyerverteilen gehindert, unsere Flyer angezündet und gar noch den Passanten Anti-SVP-Parolen zugerufen und ebensolche Propaganda verteilt.

Der besagte junge Mann und ein paar Kollegen, einer davon getarnt im Che-Guevara-Pulli und alle ausgerüstet mit Digicams, haben uns übrigens kürzlich auch an einem SVP-

Frühschoppen in Flaach mit ihrer Anwesenheit beehrt. Da sie etwas knapp gekommen sind und der Platz für die 130 Zuschauer sonst schon eng war, mussten die linken Jünglinge leider stehen. Fleissig verfolgten sie die Reden von Rachel Grütter, Claudia Morf, Jasmin Hutter und mir. Sie unterliessen es nicht, alles Auffällige zu fotografieren. Vielleicht tapezieren sie damit ja die Wände des nächsten besetzten Hauses? Sie liegen richtig mit Ihrer Vermutung: Die Jünglinge gehören auch zu den Besetzern des Sulzer-Hochhauses.

Um zum Anfang zurückzukommen: Die jungen Männer haben freundlicherweise gewartet, bis ich mein Telefonat beendet hatte. Das Gespräch hat begonnen mit: «Wir haben gehört, Du forderst, dass die 80 Personen, die nach der Besetzung kontrolliert wurden, den Schaden bezahlen sollen?» Ich erklärte ihnen, was für politische Instrumente einer Gemeinderätin zur Verfügung stehen und dass ich dazu eine Interpellation, worin ich nur Fragen stellen kann, eingereicht habe. Darin frage ich unter anderem nach den Kosten dieser Besetzung, also nicht nur nach dem verursachten

Sachschaden von rund 360 000 Franken, sondern auch was der Polizeieinsatz, die Logistik etcetera gekostet haben und inwieweit dies von den verursachenden Chaoten zurückerstattet werden kann. Warum wurde das Hochhaus besetzt? Warum wurden die Besetzer gewalttätig und richteten einen Schaden von 360 000 Franken an? Warum können sie nicht zu ihrer Meinung stehen und bleiben verummmt? Verurteilen die Besetzer das Treiben der gewalttätigen Chaoten auch? Wie stehen sie dazu, dass nur rund ein Viertel der Besetzer aus Winti war, obwohl sie ja eigentlich gegen die Winterthurer Stadtentwicklungspolitik rebellieren wollten?

Meinem Gesprächskollegen war dazu nicht sehr viel zu entlocken. Der angerichtete Sachschaden sei zwar schon nicht so toll, aber das Hochhaus müsse ja eh renoviert werden, darum sei es nicht so tragisch. Und die Polizei finde ja eh nicht raus, wie viele Besetzer aus Winti waren oder wer etwas kaputt gemacht hat. Wie heisst es doch so schön? Mitgegangen – mitgehangen.

Natalie Rickli.

Zitat: _____

«Ich bin ziemlich sicher, dass der Bankrat in seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr gleich entscheiden würde.»

Der neue Präsident der Zürcher Kantonalbank (ZKB), Urs Oberholzer, gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Der Entscheid, um den es sich dreht, ist die Abgangsentuschädigung von 661 000 Franken an den ehemaligen ZKB-Bankratspräsidenten – den Winterthurer Juristen Hermann Weigold. Bereits während seiner Amtszeit hatte er einen umstrittenen Bonus von 200 000 Franken behalten. Sowohl dieser Bonus als auch die Abgangsentuschädigung gehen auf Entscheide des alten Bankrats zurück. Laut dem heutigen Präsidenten Oberholzer ist der Bankrat jetzt daran, das Entschädigungsreglement zu überarbeiten. nm.